

DER HAUPTFEIND STEHT IM EIGENEN LAND

Kaum ein profitableres Geschäft als das mit dem Krieg. Für jede abgeworfene Bombe, für jeden Schuss fließt öffentliches Geld in private Taschen. Panzer, Schiffe, Jäger, Bomber, Raketen, Drohnen, Kriegsgeschütz, Spionagetechnik ... Billiarden Dollar Steuergelder weltweit. Wird ein Panzer abgeschossen, werden zwei neue gebaut.

Noch bevor der Krieg gewonnen ist, gibt es die Gewinner: Waffenbauer, Waffenhändler, Manager, Aufsichtsräte, Aktionäre, Banker, Lobbyisten, Spekulanten – ihre Namen sind bekannt.

Noch bevor der Krieg verloren ist gibt es die Verlierer: Soldaten, Gefangene, Verweigerer, Frauen, Kinder, Alte, Arme, Flüchtige, Verwaiste, Heimatlose, Verletzte, Tote ... ungezählt die namenlosen Opfer.

Nur gemeinsam können wir die Welt verändern und die Dinge zum Guten drehen. Interessiere Dich, komm zu uns, mach mit und bring Dich ein!

Wir treffen uns regelmäßig jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat

**19 Uhr,
Roter Stern,
Gewerbehof,
Steinstraße 23, 76133 Karlsruhe.**



Die Rüstungsindustrie boomt, die Politik vermittelt, die Bevölkerung zahlt. Verlust bringt Gewinn, Zerstörung beflügelt die Aktien, die Reichen werden reicher, das Volk finanziert seinen eigenen Untergang.

UZ  »Zu sagen was ist, heißt die revolutionärste Tat.«
Rosa Luxemburg

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP
Sechs Wochen kostenlos testen: www.unsere-zeit.de

SCHLUSS MIT DER KRIEGSTREIBEREI! RÜSTUNGSKONZERNE ENTWAFFNEN! RAUS AUS DER NATO! ES LEBE DER FRIEDEN!

Die Gewerkschaften sind gefordert:

Gegen Waffenexporte in Krisenregionen!

Unsere Gewerkschaften sollen und wollen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen für gute Arbeitsbedingungen und ein besseres Leben vertreten. Wie steht es darum in Kriegszeiten?

Ganz einfach:

Kriegszeiten ziehen Gewerkschaften den Boden unter den Füßen weg, um sich für die Interessen der abhängig Beschäftigten einsetzen zu können.

Konkret heißt das:

durch das rabiante Ansteigen der Verschuldung für Aufrüstung und Kriegsproduktion (z.B. die 100 Milliarden sogenanntes „Sondervermögen“, sprich Sonderverschuldung, sowie dauerhaft 2% vom Brutto-sozialprodukt für Militär, usw.) werden in den kommenden Jahren die Reserven für Löhne und Transformation aufgefressen.

Heißt:

statt sozial-ökologischer Transformation geht ein rasant steigender Schuldenberg für Kriegsgerät, Munition und Aufrüstung voll zu Lasten der Einkommen der abhängig Beschäftigten. Die Besitzer und Manager der Rüstungskonzerne indessen jubeln über massive Gewinnsteigerungen. Die Schulden der einen sind die Profite der anderen!

Das ist keine Besonderheit, das war in Kriegszeiten immer schon so!

Die Folgen für die Arbeiterklasse sind Reallohnverluste und Verlängerungen der Arbeitszeiten. Die Gewinnexplosionen weniger Profiteure triumphieren über Löhne und Arbeitsplätze der Lohnabhängigen.

Deshalb ist es u.a. für z.B. die IG Metall wichtig, auf dem Gewerkschaftstag im Herbst die Beschlüsse des Antrags „Gegen Waffenexporte in Krisenregionen“ des IG Metall Gewerkschaftstags 2019 zu erneuern und der Profitgier entgegen zu setzen (Auszüge, Zitat):

- Für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Frieden statt Milliarden für Aufrüstung und Krieg!
- Gegen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an kriegführende Staaten!
- Für Abrüstung statt Aufrüstung, Kürzung des Militäretats!

Das brauchen wir auch für unsere Familien und Betriebe, denn wir wissen aus den Erfahrungen zweier Weltkriege, dass sonst Gewerkschaften und die Interessen der abhängig Beschäftigten auf der Strecke bleiben.

**Gewerkschaften wissen sich zu wehren!
Deshalb: Verhandeln statt Schießen!**



Wir brauchen Sicherheit für unser Leben!

Bundesfinanzminister Lindner hat für die kommenden Jahre ein dramatisches Kürzungsprogramm in der Daseinsfürsorge angekündigt - das Geld soll in den militärischen Bereich fließen. Das Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro sei nur „der erste Schritt, dem viele weitere folgen werden“.

Andere wünschenswerte Investitionen, insbesondere im Sozial- und Bildungsbereich oder beim Wohnungsbau, müssten zugunsten der Ausgaben für die „Nationale Sicherheitsstrategie“ zurückgestellt werden. Scholz: „Zuallererst geht es um die Sicherheit unseres Landes!“

Die Gesundheitsversorgung z.B. muss dringend gesichert werden. Den öffentlichen und gemeinnützigen Krankenhäusern wird die Kostendeckung verweigert, sie sind eklatant unterfinanziert, 20 % von Ihnen droht aktuell die Insolvenz. Der Pflegekraftmangel hat wegen Überlastung und Unterbezahlung dramatische Ausmaße angenommen, sodass sogar der Prozentsatz vermeidbarer Sterbefälle im Krankenhaus steigt. Die Bundesregierung sagt, es sei kein Geld für eine optimale Krankenhausversorgung da, weil wir angeblich das Geld für Waffen und für die Aufrüstung der Bundeswehr brauchen.

Über 20 % der Kinder in der größten Wirtschaftsmacht der EU wachsen in Armut auf. Dieser untragbare Zustand sollte durch die Einführung einer Kindergrundsicherung abgemildert werden. Die Bundesregierung kürzt jedoch die vorgesehenen Mittel um 84 %, weil wir angeblich das Geld für Waffen und für die Aufrüstung der Bundeswehr brauchen.

Die Alterssicherheit von mindestens einem Drittel der Rentner ist gefährdet. Immer mehr können sich z.B. ein Pflegeheim nicht mehr leisten. Der Eigenanteil an einem Pflegeplatz in BW ist mittlerweile auf durchschnittlich 3.000 Euro pro Monat angestiegen. Die Bundesregierung streicht den staatlichen Zuschuss von 1 Milliarde für die Pflegeversicherung, weil wir angeblich das Geld für Waffen und für die Aufrüstung der Bundeswehr brauchen.

Der soziale Wohnungsbau ist völlig unterfinanziert, während die Mieten explodieren. Die Obdachlosigkeit nimmt dramatisch zu, weil für viele Menschen die Mieten nicht mehr bezahlbar sind. Die Schulen erodieren vor sich hin und der öffentliche Nah- und Fernverkehr wird immer mehr zu einem öffentlichen Debakel, weil wir angeblich das Geld für Waffen und für die Aufrüstung der Bundeswehr brauchen.

Das ist Kriegswirtschaft!

Wir kennen das aus den finstersten Kapiteln der deutschen Geschichte („Kanonen statt Butter“). Wenn die Bundesregierung von „Sicherheit“ spricht, dann meint sie also nicht die Sicherheit für unsere Daseinsvorsorge. Sondern sie meint in Wahrheit eine perverse „Tod-Sicherheit“, die von den Waffen und der Aufrüstung der Bundeswehr für den Einsatz in aller Welt im Interesse des deutschen Imperialismus ausgeht.

Daseinsfürsorge statt Kriegswirtschaft!

DKP Karlsruhe
karlsruhe@dkp-bw.de



ViSdP: Hans-Jürgen Rettig, Markgrafening 10, 76703 Kraichtal



GEGENVERANSTALTUNG DER DKP ZUM TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT

Imperialismus, Krieg und die Rolle der Medien Wie gewinnen wir den Kampf um die Köpfe?

3. Oktober

19:00 Uhr

ROTTER STERN

Karlsruhe, Gewerbehof, Steinstraße 23

Mit Texten von Arnold Schölzel - Kabarett - Anti-Kriegs-Galerie

Nächste große Tarifrunde steht bevor

Ab Oktober beginnen die Verhandlungen zwischen Verdi und den Ländern für die Beschäftigten der Länder. Direkt betroffen sind 1,2 Millionen Beschäftigte. Es werden absehbar schwierige Verhandlungen, da die Kassen für diesen Posten leer sind, denn die dafür notwendigen Steuer-Gelder sind für Aufrüstung und Waffenlieferungen verplant. Bei schlechter Bezahlung wird es aber in Zukunft für die Länder schwierig werden noch ausreichend qualifiziertes Personal zu finden. In den Tarifverhandlungen muss dagegen eine Front aufgebaut werden um eine dramatische Verschlechterung in der staatlichen Daseinsvorsorge zu verhindern!

DIE KRIEGLÜGE

Tagein, tagaus geht seit dem 24. Februar 2022 dieselbe Meldung durch die Medien. Es ist die Rede vom „russischen Angriffskrieg“. Dieser ist, so heißt es: „verbrecherisch, völkerrechtswidrig und durch nichts zu rechtfertigen“. Mit dieser Sprachregelung werden seither Sozialraub, Demokratieabbau und Kriegspolitik begründet. All dies sei dem „russischen Angriffskriegs“ geschuldet. Dabei widerspricht bereits der offizielle Standpunkt der NATO dieser Sichtweise. Deren Generalsekretär Stoltenberg stellte unmissverständlich klar: „Der Krieg begann nicht im Februar letzten Jahres. Er begann im Jahr 2014.“

Seither sei die NATO, so Stoltenberg weiter, in diesem Krieg engagiert, mit dem Ziel, „dass die Ukraine diesen Krieg gewinnt.“ Wer wen angegriffen hat und wer der Aggressor ist, entscheidet sich also nicht 2022, sondern 2014, mitsamt des dazugehörigen historischen Vorlaufs.

Das Friedensbündnis Karlsruhe hatte damals die Anfänge des Krieges in der Ukraine richtig eingeschätzt! Im Flugblatt des Friedensbündnisses zum Antikriegstag 2014 hieß es: „In den letzten Monaten hat sich die NATO immer provokativer gegenüber Russland aufgestellt.“ Im Flugblatt des Friedensbündnisses zum Antikriegstag 2015 hieß es in aller Deutlichkeit: „NATO und EU betreiben seit langem eine schrittweise Einkreisung Russlands. Dies wurde in den letzten Jahren durch die geplante Stationierung eines Raketenabwehrsystems vorangetrieben und wird aktuell durch die wirtschaftliche und militärische Bindung der Ukraine an die EU drastisch verschärft. Für Russland verletzen diese Aussichten seine sicherheitspolitischen Kerninteressen. Die Beschlüsse des NATO-Gipfels vom September 2014 (u.a. Aufbau von Einsatzhauptquartieren in Osteuropa sowie einer superschnellen Eingreiftruppe, Verstärkung der Manövertätigkeit, Mehrausgaben für Rüstung) und die Fortsetzung der Sanktionspolitik sind geeignet, den Konflikt zu eskalieren.“

Wir sollten heute, wo alle Befürchtungen Realität geworden sind, nicht hinter die damaligen Einsichten zurückfallen!